

# Niederschrift HFA/007/2010

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine  
am 04.05.2010

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

### Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied, anwesend bis TOP 4
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

**Vertreter:**

Herr Dieter Fühner	CDU	Vertretung für Frau Theresia Nagelschmidt
--------------------	-----	---

**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann		Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg		Beigeordnete; anwesend bis TOP 8
Herr Werner Lütke-meier		Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling		Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber		Pressesprecher
Herr Jürgen Wullkotte		Fachbereichsleiter FB 4
Frau Julia Kersting		Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
----------------------------	-----	--------------

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 13.04.2010**

Herr Dewenter verweist auf einen offensichtlichen Rechtschreibfehler und bittet diesen zu korrigieren.

#### **2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13.04.2010 gefassten Beschlüsse**

0:03:06

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung die Stellungnahme zum Thema Trauungen am 10. Oktober 2010, die der Einladung beigelegt sei, bereits abgegeben habe.

#### **3. Informationen**

##### **3.1. Haushaltswirtschaftliche Lage der Kommunen im Mitgliedsbereich des Städte- und Gemeindebundes NRW**

0:03:42

Herr Lütke-meier informiert über eine Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes zur haushaltswirtschaftlichen Lage der Kommunen im Mitgliedsbereich. An der diesjährigen Umfrage des Städte- und Gemeindebundes zur haushaltswirtschaftlichen Lage haben sich alle 359 Mitgliedskommunen beteiligt. Die Ergebnisse belegen, dass wegbrechende Steuererträge vor allem bei der Gewerbesteuer und steigende Ausgaben insbesondere im Sozialbereich dazu führen, dass im Jahr 2010 nur noch 18 von 359 Mitgliedskommunen ihren Haushalt ohne Abbau von Eigenkapital ausgleichen können. Ein weiteres Indiz für die Beurteilung der Finanzlage sei die Anzahl der Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept. In diesem Jahr werden 143 Mitgliedskommunen in dieser Situation sein. Gegenüber dem Vorjahresstand von 45 Kommunen sei dies eine dramatische Steigerung. Hierbei sei noch zu berücksichtigen, dass ein Haushaltssicherungskonzept nach Umstellung auf das NKF häufig nur durch die Fiktion des Haushaltsausgleichs nach Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vermieden werden kann. Gäbe es diese Möglichkeit nicht, wäre die Anzahl der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept noch viel größer. Den strengsten Restriktionen seien Städte und Gemeinden unterworfen deren Haushaltssicherungskonzepte von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt würden, da sie auch auf mittlerer Sicht keinen Haushaltsausgleich erreichen könnten. Hier werde es einen Anstieg von 35 auf 115

Kommunen geben. Die schwierige Lage der Kommunalfinanzen werde zusätzlich durch den Rekordstand der Kredite zur Liquiditätssicherung sichtbar. Zum Jahreswechsel hätte der Stand der Liquiditätskredite ca. 17,1 Milliarden € nach 14,6 Milliarden € Ende 2008 betragen. Die Kommunen müssten alleine im Verlauf des letzten Jahres etwa 2,5 Milliarden € neue Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen um die laufenden Aufwendungen in der Verwaltung finanzieren zu können. Die NRW-Kommunen würden mittlerweile rund die Hälfte der Liquiditätskredite aller Kommunen in Deutschland schultern. Besonders alarmierend sei, dass sich bei 24 Mitgliedskommunen im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 die Überschuldung abzeichnen würde. Diese Kommunen werden ihr Eigenkapital in dieser Mittelfristplanung vollständig aufgezehrt haben.

### **3.2. Liquiditätssituation der Stadt Rheine**

0:06:39

Herr Lütkeemeier informiert über die Liquiditätssituation in der Stadt Rheine:

Liquiditätskredit:	4. Mai 2010	6,7 Millionen €
	15. April 2010	7,4 Millionen €

### **4. Gesamtstellenplan 2010 - Überprüfung des Eckdatenbeschlusses Vorlage: 219/10**

0:07:31

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage.

Herr Niehues hält fest, dass beschlossen worden sei, den Stellenplan für das Jahr 2010 um 2 Stellen auszuweiten. Es gebe hier ein deutliches Alarmsignal dafür, dass die erhoffte Einsparung von Personalkosten nicht erreicht werden könne. Mit der Regelung zur Altersteilzeit habe es die Erwartung gegeben, mit den frei werdenden Stellen auch eine Einsparung im Bereich der Personalstellen zu erreichen. Es sei eine Aussage dahin gehend gemacht worden, dass etwa 17 Stellen nach Ansicht der Verwaltung und des Personalentwicklungskonzeptes nicht wieder besetzt werden könnten. Es gäbe aber bis heute keine Informationen darüber, um welche 17 Stellen es sich handeln würde. Hinzu kommt, dass es einen Überhang von 2 Stellen gäbe, der eigentlich auch noch eingespart werden sollte. Die CDU-Fraktion wolle ein deutliches Signal geben und daher beantragen, die frei werdenden Stellen aus der Altersteilzeit grundsätzlich mit einem sog. KW-Vermerk (künftig wegfallend) zu versehen. Die CDU-Fraktion sei aber bereit, die Stellen wieder frei zu geben, wenn die Verwaltung das endgültige Personaleinsparungskonzept vorlege. Herr Niehues merkt an, dass die halbe Stelle, die der Kulturausschuss beschlossen habe, hier nicht zum Antrag erhoben werde. Es könne bei dem Stellenschlüssel und der Vorlage inhaltlich so verblieben werden, wie die Verwaltung es vorschlage.

Herr Hermeling erklärt, dass die Verwaltung in der Ratssitzung zum Thema Stellenplan noch Erläuterungen geben werde. Die 2 Stellen zusätzlich könne man nicht mit den Altersteilzeitfällen in Verbindung bringen. Wenn eine Stelle eines Altersteilzeitkollegen mit einem KW-Vermerk belegt werde, würde das bedeuten,

dass genau diese Stelle eingespart werden solle. Dieses sei in nahezu allen Fällen, um die es hier gehe, nicht möglich. Das Konzept sehe vor, ein verwaltungsinternes Nachrücksystem zu installieren. Bei diesem System werde am Ende eine Stelle frei, die zu dem Zeitpunkt, an dem der KW-Vermerk gesetzt werden würde, noch nicht bekannt sei. Der KW-Vermerk müsse entsprechend der Gemeindehaushaltsverordnung an eine Stelle gesetzt werden, die zahlenmäßig nachzuweisen sei. Eine konkrete Planstellenummer sehe das System nicht vor. Das sei rechtlich und praktisch nicht machbar.

Frau Dr. Kordfelder erläutert, dass das Personalentwicklungskonzept und auch die dahinterliegenden Intentionen in der Ratssitzung erneut vorgestellt würden.

Herr Niehues macht deutlich, dass bewusst alle frei werdenden Stellen mit einem KW-Vermerk versehen werden sollten. Es gehe darum zu wissen, wo am Ende welche Stellen eingespart würden. Die Zahl 17 müsse deutlich erkennbar sein. Er gibt an, dass die 2 Stellen nicht die 2 Stellen seien, die hier heute als Erhöhung beschlossen würden. Es handele sich hierbei um 2 Stellen aus dem Überhang, die noch eingespart werden sollten.

Herr Hermeling stellt klar, dass die 2 Stellen in den 17 Stellen enthalten seien. In der Vorlage sei dargelegt worden, dass 17 Stellen eingespart werden sollten. Es sei eine Zwischenbilanz für 2008 und 2009 gezogen worden. Dort seien von den 7 Stellen, die in dem engen Zeitraum hätten eingespart werden sollen, 4,5 eingespart worden. Die 2,5 Stellen seien die Differenz und würden nicht zu den 17 Stellen hinzugerechnet.

Herr Roscher macht deutlich, dass sich die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zum Gesamtstellenplan anschließen könne. Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion gäbe es aber erhebliche Bedenken. Zurzeit gäbe es einen Beschluss eines externen Einstellungsstopps. Dieser sei das Instrument, mit dem der Rat und seine Ausschüsse arbeiten müssten. Durch einen KW-Vermerk bestehe die Gefahr, dass der Rat unterhalb der Fachbereichsleiterebene in die Kompetenzen der Bürgermeisterin eingreife. Der KW-Vermerk sei rechtlich fragwürdig, erläutert er abschließend.

Herr Reiske gibt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Vorlage der Verwaltung einverstanden sei. Er sei der Auffassung, dass im kommenden und laufenden Jahr gemeinsam versucht werden solle, zu einer Aufgaben/ Ausgabenkritik zu kommen. Das Thema sei zu komplex, um einfach mehrere KW-Vermerke aufzusetzen.

Herr Holtel merkt an, dass man sich in Zukunft intensiver mit den Personalaufwendungen beschäftigen müsse. Bei der Anlage 5 des Entwurfes des Haushaltsplanes sei man noch von 26.310.000 € Personalkosten ausgegangen. Aufgrund der Tarifierhöhungen werde man in diesem Jahr mit 26.527.000 € und im Jahr 2013 mit 26.959.000 € Personalkosten rechnen müssen. Wenn die 17 Planstellen kurzfristiger realisiert werden könnten, würde es sicherlich eine entsprechende Entlastung geben.

Herr Niehues macht deutlich, mindestens 5 Mio. € Defizit dieses Haushaltes seien noch struktureller Art. Man müsse dieses in den Griff bekommen, um Neuverschuldung zu vermeiden. Der Stellenplan sei das einzige Instrumentarium, das

die Politik habe, um Stellenplanpolitik beeinflussen zu können. Es sei wichtig an dieser Stelle einzuhaken, um ein Signal zu geben, was gewollt sei und was nicht.

Herr Roscher erklärt, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass gute Arbeit nicht mit einem fairen Lohn bezahlt werde. Unabhängig davon habe die Verwaltung als auch die Politik die Aufgabe, Produktkritik zu üben.

Herr Ortel erklärt, dass er dem Antrag der CDU-Fraktion die in der Sache begründete Rechtfertigung abgewinnen könne. Das habe nichts mit der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun.

Herr Hemelt teilt mit, dass er heute aus der JeKi-Stiftung („Jedem Kind ein Instrument“) in Bochum eine aktuelle Mitteilung bekommen habe, dass ab dem Schuljahr 2012 das JeKi-Programm landesweit ausgeweitet werden solle. Er bittet die Verwaltung, nach dem differenzierten Modell Ausschau zu halten und im nächsten Schul-/Kulturausschuss darüber entsprechend zu informieren und darzustellen, ob und inwieweit man das Angebot mit Landesmitteln vielleicht kostenfrei für die Stadt Rheine im Grundschulbereich implementieren könne.

Frau Dr. Kordfelder schlägt zum Antrag der CDU-Fraktion folgenden Verfahrensvorschlag vor:

Die Verwaltung arbeitet vor der Beschlussfassung zum CDU-Antrag bestimmte Aspekte aus dem Personalentwicklungskonzept für die nächste Ratssitzung auf.

Herr Niehues ist mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage 2 - 4 der Vorlage beigefügten Stellenplan für das Jahr 2010 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **5. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2010 - 2013 - Ergebnisse der Fachausschussberatungen Vorlage: 220/10**

0:30:42

Herr Lütke-meier klärt auf, dass es im Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistung, in dem die allgemeinen Deckungsmittel, wie Steuererträge und entsprechende Zuweisungen des Landes, stehen würden, auf Basis der aktuellen Kenntnisse weiterhin keinen Änderungsbedarf zu den im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen Planungsannahmen gäbe. Bekanntlich seien die Schlüsselzuweisungen, die Kreisumlage und die Krankenhausinvestitionsumlage inzwischen durch endgültige Bescheide festgesetzt worden. Einen Änderungsbedarf gäbe es hierzu nicht. Es gäbe auch keinen Änderungsbedarf bei den bisher veranschlagten Steuererträgen. Bei der Gewerbesteuer würde sich das derzeitige Aufkommen voll im Rahmen der Planungsannahmen entwickeln. Momentan gehe man davon aus, dass der im Haushaltsplan veranschlagte Ansatz am Ende des Jahres erreicht werden könne. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und dem Gemeindeg-

teil an der Umsatzsteuer seien Ende letzten Monats die Abschlagszahlungen für das I. Quartal 2010 eingegangen. Unter der Berücksichtigung der in den vergangenen Jahren für das I. Quartal jeweils zu verzeichnenden Zahlungsanteile müssten im Haushaltsplanentwurf für 2010 die veranschlagten Steuererträge erreicht werden können. Herr Lütkemeier informiert, dass heute der Arbeitskreis Steuer-schätzung mit seinen Beratungen über die Frühjahrssteuerentwicklung beginne. Die Prognose werde für Donnerstag dieser Woche erwartet. Die Regionalisierung auf der Ebene des Landes werde bis zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes in der Ratssitzung am 18. Mai 2010 voraussichtlich noch nicht vorliegen. Insofern müsse offen bleiben, ob sich hieraus andere Erkenntnisse ergeben würden, als die, die aus der Abschlagszahlung aus dem I. Quartal gewonnen worden seien. Aktuelle Presseinformationen von heute sei zu entnehmen, dass das Bundesfinanzministerium in seiner Prognose bundesweit für 2010 Steuererträge von 511 Milliarden € auf den Ebenen Bund, Länder und Kommunen erwarte, so viel, wie schon im November letzten Jahres vorausgeschätzt worden wäre. Die Planungsannahmen im Haushaltsentwurf würden auf der November-Steuerschätzung basieren. Ab 2011 seien die Ertragserwartungen um ca. 8 bis 10 Milliarden € vom Bundesfinanzministerium nach unten korrigiert worden. Man müsse abwarten, inwieweit unsere Planungsannahmen über 2010 hinaus möglicherweise für die Zukunft noch deutlicher nach unten gesenkt werden müssten, als es bisher getan worden wäre. Auch für die übrigen Ansätze im Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen seien gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplanentwurf derzeit keine Veränderungen zu erkennen. Auf der Basis könne weiterberaten und entschieden werden.

Herr Niehues dankt der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen aus den politischen Gremien für die vorliegenden guten Einsparungsvorschläge. Es gehe hier bei dem Ernst der Situation nicht mehr um Wünschenswertes, sondern um Notwendiges. Die Erträge der Stadtwerke oder der Sparkasse, die für den Haushalt eingesetzt werden würden, seien letztendlich eine Reduzierung des dortigen Eigenkapitals. Es werde keine Gebührenerhöhungen bei den Stadtwerken oder bei der Sparkasse beschlossen, die zu Lasten derer Kunden gehe. Dieses sei nur in Ausnahmesituationen vor dem Hintergrund zu rechtfertigen, dass versucht werde, die Haushaltssicherung zu umgehen. Unter der Voraussetzung, dass die Steuereinnahmen wie kalkuliert fließen würden, gäbe es einen Spielraum von ca. 200.000 €. Herr Niehues macht deutlich, dass in den Fachbereichen 2 bis 7 Verbesserungen im Ergebnisplan in Höhe von 265.000 € erwirtschaftet worden seien. An 4 Stellen sollten Beschlüsse, die in Fachausschüssen gefasst worden seien, noch einmal zur Abstimmung gestellt und zum Bestandteil des Haushaltsplanes gemacht werden. Herr Niehues erläutert, dass 0,5 Stelle im Bereich der Musikschule gewährleistet werden solle, um für die Übermittagbetreuung für Kinder in den Grundschulen einen Musikschulunterricht anbieten zu können. Ab dem Jahre 2012 solle möglicherweise eine Ausweitung des JeKi-Programms auf NRW Ebene möglich sein. Dieses sei der Anlass gewesen, dass Musikschulprojekt mit 19.500 € Personalkosten für eine befristete Stelle für die Grundschulen zu unterstützen. Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Im Fachbereich 1 soll 0,5 Stelle für die Musikschule im Wege einer Befristung für 2 Jahre mit 19.500 € pro Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Herr Niehues erläutert, dass alle politischen Parteien im letzten Jahr mit der Einführung der Sportstättengebühr die Erklärung abgegeben hätten, die Einnahmen aus dieser Gebühr zu 100 % an die Sportvereine zurückzugeben. Dieses sei der-

zeit nicht der Fall. Für 2010 würden 44.343 € fehlen. Diese Position möchte die CDU-Fraktion als Investitionszuschüsse an Vereine bereitstellen, weil dort der Bedarf groß sei. Man wolle aber nicht die Sportförderrichtlinien aus diesem Grunde ändern. Für die Folgejahre würde das bedeuten, dass jeweils 50.000 € ab 2011 in der Finanzplanung eingestellt werden müssten. Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

In der Produktgruppe 15 - Sportförderung, sollen für die Sportförderung zusätzlich Mehraufwendungen in Höhe von 44.343,54 € in 2010 zur Verfügung gestellt werden.

Herr Niehues erklärt, dass beim Fachbereich 2 im Bereich Jugendhilfe im letzten Jahr Zuschüsse für die freien Träger bewusst angehoben worden seien und von den Sparbeschlüssen aus dem Jahr 2007 Abschied genommen worden sei. Die CDU-Fraktion stelle folgenden Änderungsantrag:

Das Einsparungspotential im Bereich der Jugendhilfe für 2010 soll mit 29.400 € nochmals akzeptiert werden. Für die Ergebnisplanung ab 2011 sollen die 29.400 €, die als Kürzung eingebracht wurden, gestrichen werden.

Herr Niehues bezieht sich auf eine Beratung im Sportausschuss über Kunstrasenplätze. Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Für die Untersuchung möglicher Standorte für Kunstrasenplätze sollen in 2010 zusätzlich 5.000 € bereitgestellt werden.

Herr Niehues erläutert, insgesamt seien den Einsparungen von 265.000 € ca. 69.000 € Ausgaben entgegengesetzt. Unter TOP 3 der Vorlage, den tariflichen Mehrkosten im Personalbereich, sollten 216.000 € aus Sicht der Verwaltung zusätzlich bereitgestellt werden. Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Erhöhung der Personalkosten soll von 216.000 € um 50.000 € auf 166.000 € reduziert werden.

Herr Niehues schildert, dass es im Fachbereich 4 bei den Investitionskosten eine Einsparung von 150.000 €, im Fachbereich 5 eine Einsparung von 158.000 € und bei der Fürstenbergschule eine Kostenverbesserung von 220.000 € gäbe. Insgesamt gäbe es im Investitionsplan eine Kostenverbesserung von 528.000 €. Die CDU-Fraktion möchte dem Stadtpark das Signal geben, dass die Notsituation um die dortige Teichfläche und die damit verbundenen Schwierigkeiten anerkannt werde. Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Im Bereich Stadtpark sollen 50.000 € als Verpflichtungsermächtigung in 2010 festgesetzt werden. Zusätzlich sollen 50.000 € im Haushalt für 2011 bereitgestellt werden.

Herr Niehues bezieht sich auf den Ausbau der Herefortstraße. 80 % der Grundstücke im Bereich der Herefortstraße seien verkauft worden, und die Erschließungskosten seien von den Eigentümern gezahlt worden. Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

280.000 € sollen in die Finanzplanung für 2011 für den Ausbau der Herefortstraße zur Verfügung gestellt werden.

Herr Lütkeemeier könne das Zustandekommen der 44.000 € im Zusammenhang mit der Sportförderung nicht nachvollziehen. Er macht deutlich, dass entsprechende Erträge für die Nutzungsentschädigung für Sportvereine im Haushaltsplan der Stadt veranschlagt worden seien; 2008 erstmals mit 140.000 €. In dem Zuge seien die Betriebskostenzuschüsse in 2008 um 65.000 € erhöht worden. Dann sei in der Veranschlagung für 2009 der Ertrag aus den Nutzungsentschädigungen auf 100.000 € reduziert worden. Im gleichen Zuge seien dann die Betriebskostenzuschüsse um 35.000 € erhöht worden.

Herr Reiske macht deutlich, dass es auf Dauer nicht durchzuhalten sei, sich mit den 2 Millionen € von den Tochtergesellschaften zu sanieren. Man müsse zu einer Haushaltspolitik kommen, die die Stadt vor einem Haushaltssicherungskonzept bewahre. Er sei irritiert von den Einzelprojekten, die in Teilen zu einer Verschlechterung führen.

Herr Roscher schließt sich dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen und die Fachkräfte in der Verwaltung an. Bei dem ersten Punkt halte es die SPD-Fraktion für bedenklich, bereits in der Planungsphase einzugreifen. Wenn dem Beschlussvorschlag zu 1 zugestimmt werde, müsse in Zukunft deutlich darauf geachtet werden, wie dort agiert werde. Die SPD-Fraktion hoffe, dass auch in anderen Bereichen die Haushaltsansätze nicht völlig verausgabt werden, so dass die Ziele in der Sportförderung und in der schulischen Ausstattung letztendlich auch gewährleistet werden könnten. Zu Punkt 2 stelle sich die Frage, ob Mittel, die veranschlagt worden seien, nicht ausgeschüttet worden seien. Seien die Mittel nicht ausgeschüttet worden, dann sei die Zielsetzung, die vom Sportausschuss gestellt wurde, nicht vollzogen worden. Es müsse sich die Frage gestellt werden, wo das Geld geblieben sei. Die SPD-Fraktion könne zustimmen, die Mittel des Vorschlages 2 zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion sei auch bereit mitzutragen, was der Jugendhilfeausschuss bezüglich der Kinder- und Jugendförderung für 2010, 2011 und folgende Jahre beschlossen habe. Es wäre ein wesentlicher Beitrag, die entsprechenden präventiven Effekte, die erforderlich seien, auch zu stützen. Für das JeKi-Programm 19.500 € befristet zur Verfügung stellen, um ein Musikangebot zu bieten, sei noch problematisch. Es bestünde noch ein Beratungsbedarf, und Herr Roscher bittet daher darum, erst im Rahmen der Haushaltsverabschiedung darüber zu beschließen.

Herr Gude bezieht sich auf die Nutzungsentgelte für Sportstätten. In 2008 sei beschlossen worden, dass die Einnahmen eine bestimmte Verwendung hätten. Vereine, die einen besonders hohen Anteil an Jugendlichen hätten, sollten eine besondere Förderung bekommen. Man sei zu der Lösung gekommen, dass man das Geld nicht einnehme und direkt wieder auszahle, sodass es einen gestaffelten Preis gäbe. Außerdem würden die Einnahmen verwendet, um den Vereinen den tatsächlichen Betriebskostenanteil von 25 % zu garantieren, damit die Vereine kalkulieren könnten. Die Restmittel dieser Einnahme abzüglich des Jugendanteils, der bereits vorher verrechnet worden sei, und abzüglich der Differenz

zwischen Haushaltsansatz, wie er vorher gewesen sei, und der Aufstockung auf 25 % sollten den Vereinen zugutekommen. Im Sportausschuss sei noch nicht genau festgelegt worden in welchem Rahmen, es sei nur wichtig, dass diese Haushaltsposition gesondert dargestellt werde. In 2009 sei mit dem Sportservice kommuniziert worden, dass man 86.000 € Einnahmen gehabt habe. Die Differenz zwischen dem Haushaltsansatz und der Aufstockung auf 25 % betrug rund 42.000 €, sodass eine Differenz von 44.000 € bleibe. Dieses seien Gelder, die die Sportvereine gezahlt hätten, wo von Beginn an gesagt worden sei, dieses Geld gehe zu 100 % an die Sportvereine. Herr Gude gibt an, dass es eine Vorlage der Verwaltung gäbe, in der die Platzpflegekosten verrechnet worden seien. Die Platzpflegekosten seien ein ganz normaler Haushaltsansatz gewesen, der für 2009 erhöht worden sei. Diese hätten mit den Sportstättennutzungsgebühren nichts zu tun.

Herr Lütke-meier bezieht sich auf die Einarbeitung der Beschlüsse zur Fürstenberg-Realschule und teilt folgende Veränderungsvorschläge mit: Für die Baumaßnahme seien bislang bei der damaligen Variante 3.320.000 € eingeplant worden. Davon seien 20.000 € durch den Architektenauftrag zustande gekommen. Diese müssen immer kostenmäßig im Projekt mitgeführt werden. Nach der Entscheidung für die Variante 2 gäbe es ein Gesamtinvestitionsvolumen für die Baumaßnahme von 2.820.000 €. 2010 seien bisher 170.000 € veranschlagt worden. Nach Auskunft der Bauverwaltung würden diese 170.000 € unter der Voraussetzung ausreichen, dass eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt werde, um schon in diesem Jahr entsprechende Aufträge für Baudurchführungen in 2011 herausgeben zu können. Dafür sei eine Verpflichtungsermächtigung in 2010 in Höhe von 1,2 Millionen € vorzunehmen, die bisher nicht eingestellt worden sei. Für 2011 seien 1,5 Millionen € vorgesehen. Dieses könnte so bleiben. Für 2012 sollte dann statt der geplanten 1,5 Millionen €, der Restbetrag von 1.150.000 € veranschlagt werden. Die Einrichtungskosten waren bisher mit 333.000 € in 2012 im Budget des Fachbereiches 1 eingeplant. Dort seien 280.000 € für 2012 anzusetzen.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf den Tagesordnungspunkt 4 zum Thema Personaleinsparungen. Dort sei gesagt worden, dass es dringlich und notwendig sei, im Bereich der Personalkosten zu Einsparungen zu kommen. Sie könne dem ersten Antrag und dem Antrag 5, Auffangen der tariflichen Mehrkosten in der Reduzierung um 50.000 €, daher wenig Verständnis entgegenbringen, wobei die CDU-Fraktion genau wisse, dass aufgrund der Tarifverträge stellenscharf kalkuliert worden sei.

Herr Niehues stellt klar, dass es hier nicht um Personalkosten für Verwaltungsmitarbeiter gehe, sondern um Personalkosten für den Bereich der Kinderbetreuung. Die 50.000 € würden sich nicht auf die tarifliche Erhöhung beziehen, sondern darauf dass es innerhalb eines Personalbudgets durchaus Spielräume dieser Größenordnung gäbe.

Herr Hemelt kritisiert, dass auf der einen Seite Personalkosteneinsparungen gefordert werden würden und auf der anderen Seite zusätzliche Stellen geschaffen werden sollten. Der oberste Grundsatz des JeKi-Projektes beruhe auf der Freiwilligkeit der Kommune, der Grundschulen und der teilnehmenden Akteure. So, wie es jetzt vorgesehen sei, entspräche es nicht der Weiterführung des Modellvorhabens.

Frau Ehrenberg macht deutlich, dass der Kulturausschuss beschlossen habe, dem JeKi-Programm Vorrang zu geben.

Herr Reiske gibt an, dass er einen Widerspruch darin sehe, dass man auf der einen Seite versuche, mit den Personalkosten klarzukommen und auf der anderen Seite eine Stelle implementieren wolle.

Herr Toczowski erläutert, dass von Seiten der SPD-Fraktion dieser Ansatz zum Thema JeKi unterstützt werde. Es sei jedoch davon Abstand genommen worden, weil die Mittel noch nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den 1. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, im Fachbereich 1 0,5 Stelle für die Musikschule im Wege einer Befristung für 2 Jahre mit 19.500 € pro Jahr zur Verfügung zu stellen

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	10	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme
	7	Enthaltungen

Herr Gude erläutert zum 2. Antrag der CDU-Fraktion, dass die Sportvereine das Geld bekommen sollten, allerdings verbindlich, spitz abgerechnet und im Folgejahr. Dieses müsse noch in einer Nutzungsordnung festgeschrieben werden, was auch in diesem Jahr erfolgen sollte.

Herr Mollen ergänzt, dass der Sportausschuss am Ende inhaltlich entscheiden müsse, wie die Mittel an die Vereine zurückgezahlt werden sollten.

Herr Gude stellt klar, dass es darum gehe, im Folgejahr den Betrag sicherzustellen, und fordert, dass es bis zur Ratssitzung eine Lösung geben solle, dass die Sportvereine das Geld bekommen würden.

Herr Niehues bittet darum, die 44.343 € für 2010 zur Verfügung zu stellen und bis zur Ratssitzung eine Lösung zu finden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass dies bedeuten würde, zusätzlich zu den 100.000 € 44.343 € in 2010 zur Verfügung zu stellen. Sie lässt anschließend über den 2. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, in der Produktgruppe 15 - Sportförderung Mehraufwendungen in Höhe von 44.343,54 € in 2010 für die Sportförderung zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	17	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme
	0	Enthaltungen

Die SPD-Fraktion erhebt aufgrund eines Beschlusses im Jugendhilfeausschuss den Antrag, keine weiteren Kürzungen im Bereich der Kinder und Jugendarbeit vorzunehmen und das Geld zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:    7    Ja-Stimmen  
                                  10    Nein-Stimmen  
                                  1    Enthaltung

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den 3. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, das Einsparungspotential im Bereich der Jugendhilfe für 2010 mit 29.400 € nochmals zu akzeptieren, aber für die Ergebnisplanung ab 2011 die 29.400 €, die als Kürzung eingebracht sind, wieder zu streichen.

Abstimmungsergebnis:    10    Ja-Stimmen  
                                  3    Nein-Stimmen  
                                  5    Enthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt über den 4. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, für die Untersuchung möglicher Standorte für Kunstrasenplätze in 2010 zusätzlich 5.000 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:    16    Ja-Stimmen  
                                  1    Nein-Stimme  
                                  1    Enthaltung

Herr Niehues erläutert zum Beschlussvorschlag 3, dass das Gesamtbudget um 50.000 € weniger belastet werden solle, als von der Verwaltung vorgeschlagen.

Herr Roscher macht deutlich, dass es fraglich sei, wie man das Ziel des Antrages erreichen solle. Die SPD-Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Reiske hält den Antrag der CDU-Fraktion für willkürlich. Ein Jahr habe dynamische Entwicklungen. Herr Reiske würde der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Herr Hermeling stellt klar, dass es passieren könne, dass man aufgrund nicht vorhersehbarer Maßnahmen auch 150.000 € mehr benötige. Herr Hermeling antwortet auf Nachfrage von Herrn Ortel, dass seit ca. 3 Jahren eine personenscharfe Personalkostenkalkulation eingeführt worden sei.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den 5. Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Erhöhung der Personalkosten von 216.000 € um 50.000 € auf 166.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Frau Dr. Kordfelder lässt über den 1. Antrag der CDU-Fraktion im Bereich des Investitionsplans abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, im Bereich Stadtpark 50.000 € als Verpflichtungsermächtigung in 2010 festzusetzen, und 50.000 € zusätzlich im Haushalt für 2011 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt über den 2. Antrag der CDU-Fraktion im Bereich des Investitionsplans abstimmen

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, 280.000 € in der Finanzplanung für 2011 für den Ausbau der Herefortstraße zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt über den Antrag der Verwaltung zum Komplex der Fürstenberg-Realschule abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Investitionsplan für 2012 um 350.000 € zu reduzieren, für 2013 um 150.000 € zu reduzieren, die Einrichtungskosten für 2012 auf 280.000 € zu reduzieren und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,2 Millionen € in 2010 für 2011 festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die Beschlüsse aus der Vorlage abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ergebnisse der Etat-Beratungen in den Fachausschüssen gemäß den Anlagen 1 und 2 zur Kenntnis und stimmt unter Berücksichtigung der in der Begründung unter Ziffer I. enthaltenen Erläuterungen den vorgeschlagenen Budgetveränderungen einschließlich der heute gefassten Beschlüsse zu.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass der Beschlussvorschlag 2 entbehrlich sei, da über die Budgetveränderungen bereits einzeln abgestimmt worden wäre.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der vorgeschlagenen Anpassung des Gesamtpersonalaufwandes von 26.526.776 € abzüglich 50.000 € (5. Antrag der CDU-Fraktion) plus der 19.500 € (1. Antrag der CDU-Fraktion) zu insgesamt 26.496.276 € zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Herr Lütkemeier verweist auf die als Anlage 1 der Niederschrift beigefügte aktuelle Übersicht über die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage 6 und 7 der Vorlage dargestellten Änderungen zum Konjunkturpaket II zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen gemäß der Anlage 8 auf 7.849.900 € plus 50.000 € (2. Antrag der CDU-Fraktion zum Investitionsplan) plus 1,2 Millionen € (Antrag der Verwaltung; Fürstenberg Realschule) zu insgesamt 9.099.900 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
8 Enthaltungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2010 unter Berücksichtigung der von den Ausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
8 Enthaltungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung unter Berücksichtigung der heute erzielten Änderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
8 Enthaltungen

**6. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**

02:04:27

Es liegen keine Eingaben vor.

**7. Einwohnerfragestunde**

02:03:57

Es folgen keine Wortmeldungen.

**8. Anfragen und Anregungen**

02:04:41

Es folgen keine Wortmeldungen.

**Ende des öffentlichen Teils: 19:00 Uhr**

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Julia Kersting  
Schriftführerin